NEWSLETTER APRIL

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

weil die populistische Regionalpartei namens CSU es so will, peitscht die Große Koalition eine ausländerdiskriminierende, europarechtswidrige und bürokratische PKW-Maut durchs Parlament, die nicht einmal nennenswerte Einnahmen generiert, dafür aber Schlagbäume an den Grenzen reaktiviert. Diese CSU-Ausländer-Maut ist in Gesetz gegossener Unsinn und eine Bankrotterklärung für CDU und SPD, die eine solche Politik trotz anderslautender Erklärungen und wider jede Vernunft mitträgt.

Beim Klimaschutz wiederum ist die Große Koalition nicht handlungsfähig: Erst scheitert der Steuerbonus für die Energetische Gebäudesanierung an der CSU und jetzt streitet die GroKo schon wieder darüber, ob die CO2-Emsission der Kohlekraftwerke überhaupt reduziert werden sollen. Ein Vorschlag aus dem Bundeswirtschaftsministerium zur Reduktion von CO2-Emissionen aus dem Kraftwerkspark ist der Anlass. Man kann und muss über das Instrument zur CO2-Einsparung reden. Dass aber Teile von SPD und Union Kohlekraftwerke aus Adenauers Zeiten unter Naturschutz stellen wollen, ist absurd für eine Regierung, die sich ansonsten immer als Vorreiter im Klimaschutz, den Erneuerbaren und Energieeffizienz präsentiert.

Dabei kann Deutschland innerhalb der kommenden Jahrzehnte auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umsteigen und neben den Atom- auch die Kohlekraftwerke abschalten. Die Technik dafür ist bereits in weiten Teilen verfügbar, die Investitionen in Ökostromanlagen, Netze und Speicher sind überschaubar. Das alles belegt eine aktuelle Studie, die die Grüne Bundestagsfraktion vor wenigen Tagen vorgestellt hat.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere aktuelle politischen Themen.

Viel Spaß dabei wünscht
Ihnen/euch
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

1) **Gabriels Kohlepläne – Ziel richtig, Instrument fraglich**
2) **Quecksilber-Belastung durch Kohlekraftwerke**
3) **Atommüll und AKW-Rückbaukosten auf Kosten der Steuerzahler**
4) **4 Jahre Fukushima – ein dauerhafter Brennpunkt**

5) **Belgisches AKW Tihange: 1500 Menschen protestierten**
6) **Subventionen für britisches AKW sind unverantwortlich**
7) **Studie: Die neue Stromwelt – 100% erneuerbar**
8) **Bundestagsrede zur Rekommunalisierung der Energienetze**
9) **Wald ist keine Ware – Nachhaltige Waldwirtschaft**
10) **Es bleibt viel zu tun – Weltwasserbericht 2015**
11) **Immer kürzere Lebensdauer von Elektrogeräten – Schwarz-Rot handelt nur halbherzig**
12) **Terminhinweis: Fachgespräch Ölpreisentwicklung und Auswirkungen auf Klimaschutz**
13) **Terminhinweis: Kohleausstieg jetzt einleiten – Menschenkette am 25.4. in NRW**
14) **Terminhinweis: Blackoutgefahr – Was tun damit das Licht nicht ausgeht?**

Agrar/ Ernährung

15) **Frohe Ostern auch für Hähne**
16) **Für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und gutes Essen**
17) **Höfesterben – Landwirtschaft braucht flächendeckende Milchviehhaltung**
18) **TTIP abschminken – giftfrei schön**
19) **Glyphosat – wahrscheinlich krebserrregend**
20) **Tag des Artenschutzes – Artenschutz ungebremst**

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

21) **PKW-Maut: Bürokratiemonster und keine ökologische Lenkungswirkung**
22) **CSU kippt Steuerbonus zur energetischen Gebäudesanierung**
23) **Feinstaubemissionen aus Baumaschinen reduzieren**
24) **Studie: Fernwärme 3.0 – Neue Ideen für den Wärmemarkt**
25) **Studie: Nahversorgung – Abwanderung von Unternehmen im ländlichen Raum**
26) **Terminhinweis: Fachgespräch Öffentlich-Private Preistreiberei?**

Energie/Umwelt

1) Gabriels Kohlepläne – Ziel richtig, Instrument fraglich

Vor wenigen Tagen hat Wirtschaftsminister Gabriel Eckpunkte zur Reduzierung der CO2-Emissionen im Kraftwerkspark und zur weiteren Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) vorgestellt. Ob diese Vorschläge tatsächlich dazu führen, dass die CO2-Emissionen im fossilen Kraftwerkspark sinken und die flexible und klimafreundliche KWK wieder eine Chance bekommt, bezweifeln wir. Die Abkehr vom 25-Prozent KWK-Ziel ist energie- und klimapolitisch falsch. Die Reaktionen RWE & Co., Christ- und Sozialdemokraten aus NRW und den ostdeutschen Braunkohle-Ländern zeigen aber wieder einmal, dass längst nicht alle die Klimaschutzziele ernst nehmen. Stattdessen wollen sie den überfälligen Strukturwandel im fossilen Kraftwerkspark verhindern und 50 Jahre alte Kohlekraftwerke trotz Überkapazitäten und gleichzeitig stillstehender Gas- und KWK-Kraftwerke weiter betreiben. Dazu hatte die Grüne Bundestagsfraktion eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt. Meine Rede und alle weiteren Infos finden sich HIER.

2) Quecksilber-Belastung durch Kohlekraftwerke

Fische in Rhein, Elbe und Donau sind über die Maßen mit hochgiftigem Quecksilber belastet. Der chemische Zustand deutscher Gewässer wird als „nicht gut" eingestuft. Das bestätigt nun auch die Bundesregierung. Dennoch sieht die Große Koalition keinen Handlungsbedarf, obwohl klar ist, woher die zunehmende Quecksilberanreicherung in Umwelt stammt – aus Kohlekraftwerken. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung die Folgen der Quecksilberemissionen aus der Kohleverstromung für Gesundheit und Umwelt ignoriert. Denn es ist technisch leicht möglich und z. B. in den USA längst Standard, den Quecksilberausstoß von Kohlekraftwerken um 80 Prozent und mehr zu reduzieren. Alle weiteren Infos HIER.

3) Atommüll und AKW-Rückbaukosten auf Kosten der Steuerzahler

Nun ist es offiziell, was vielen schon seit langem klar war: Es besteht die reale Gefahr, dass die finanzielle Vorsorge der Stromkonzerne für den Rückbau der Atomkraftwerke und die Atommüllentsorgung nicht ausreicht und deshalb die milliardenschweren Abwicklungskosten des Irrwegs Atomkraft auf uns Steuerzahler abgewälzt werden. So ein zentrales Fazit des Gutachtens das dem Bundeswirtschaftsministerium seit Monaten vorliegt und nun endlich veröffentlicht wurde. Als Lösung des Problems empfehlen die Gutachter für die Absicherung der langfristigen Verpflichtungen den von der Grünen Bundestagsfraktion seit langem geforderten, öffentlich-rechtlichen Fonds. Aber die Zeit drängt, denn es besteht die akute Gefahr, dass hinter den Rückstellungen immer weniger tatsächliche Werte stecken. Detaillierte Infos dazu finden sich HIER.

4) 4 Jahre Fukushima – ein dauerhafter Brennpunkt

Am 11. März jährte sich die Atom-Katastrophe von Fukushima zum vierten Mal. Doch die japanische Regierung hält - trotz des Widerstandes aus der Bevölkerung - an der hochgefährlichen Atomkraft fest. Der Super-Gau in Japan hat gezeigt, dass hier Mensch und Technik an ihre Grenzen gestoßen sind. Atomkraft ist nicht beherrschbar. Die Gefahr eines Reaktorunfalls ist permanent, auch in Deutschland. Deshalb, und weil auch Japan auf den Atomausstieg in Deutschland schaut, müssen die Weichen eindeutig gestellt werden. Mahr dazu findet sich HIER.

5) Belgisches AKW Tihange: 1500 Menschen protestierten

Der Himmel war wolkenbedeckt und dennoch strömten über 1500 Menschen am 15. März 2015 durch die belgische Kleinstadt Huey, um gegen das dortige Atomkraftwerk zu protestieren. Gefordert wurde die endgültige Abschaltung des Reaktors 2, der von unzähligen Rissen durchzogen sein soll – von über 3000 Rissen, bis zu einer Länge von 18cm und einer Breite von 2,5cm ist die Rede. Ein Bericht von der Demonstration findet sich HIER.

6) Subventionen für britisches AKW sind unverantwortlich

Noch kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit hatte die alte EU-Kommission mit tatkräftiger Unterstützung des damaligen Energiekommissars Günther Oettinger (CDU) die staatliche Beihilfe für den britischen AKW-Neubau Hinkley Point C bewilligt. Damit darf die britische Regierung dem künftigen Betreiber EDF einen fixen Strompreis von 92,5 britischen Pfund (circa 117 €) je Megawattstunde über einen Zeitraum von 35 Jahren zusichern. Hinzu kommen Inflationszuschläge und Kreditgarantien. Damit wird der Strom aus dem geplanten Atomkraftwerk deutlich teurer als Strom aus Wind und Sonne. Doch die milliardenschwere Subventionierung von Atomkraftwerken in Europa angesichts der unbeherrschbaren Risiken sowie der ungeklärten Frage der Atommüll-Endlagerung ist unverantwortlich. Wir haben dazu erneut einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, gegen die Entscheidung der EU-Kommission zu klagen. Zwar wettert Wirtschaftsminister Gabriel gegen die britischen Atomsubventionen. Aber anders als Österreich oder Luxemburg will er nicht dagegen klagen. Dass ausgerechnet Deutschland vor dem Hintergrund des eigenen Atomausstiegs nicht klagt, ist bigott.

7) Studie: Die neue Stromwelt – 100% erneuerbar

Eine 100% Erneuerbare-Welt ist möglich. Sie kann bald schon Realität werden, wenn wir jetzt die politischen Weichen richtig stellen. Das ist das Ergebnis der Studie „Die neue Stromwelt" der Agentur für Erneuerbare Energien im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion. Sie fasst den wissenschaftlichen Sachstand zusammen und erarbeitet daraus Handlungsvorschläge für die aktuelle Umsetzung der Energiewende. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Deutschland kann sich demnach innerhalb der nächsten Jahrzehnte mit 100 Prozent Ökostrom versorgen. Weitere Infos HIER.

8) Bundestagsrede zur Rekommunalisierung der Energienetze

Kommunen sollen selbst darüber entscheiden, ob sie ihre Strom- und Gasnetze selber betreiben oder einen Dritten damit beauftragen. Die ehemalige schwarz-gelbe Koalition hatte bei der letzten Reform des Energiewirtschaftsgesetzes durch unklare Regeln diesen Entscheidungsspielraum genommen. In der Praxis kann deswegen heute kaum mehr eine Kommune den Betreiber ihrer Netze wechseln oder diese selbst übernehmen, ohne langwierige und kostspielige Gerichtsauseinandersetzungen. Das muss sich endlich ändern durch klare Regeln. Ob diese Große Koalition dazu in der Lage oder Willens ist, bleibt nach der Debatte im Bundestag und im Wirtschaftsausschuss offen. Meine komplette Bundestagsrede findet sich HIER.

9) Wald ist keine Ware – Nachhaltige Waldwirtschaft

Wälder sind wichtige Ökosysteme. Nachhaltigkeit im Wald ist der Großen Koalition aber offensichtlich egal. Erneut stellte sie kurzsichtige Parteipolitik über das Wohl unserer Umwelt. Nicht anders ist ihr Abstimmungsverhalten zu unserem Grünen Antrag ‚Nachhaltige Waldbewirtschaftung sicherstellen – Kooperative Holzvermarktung ermöglichen' zu verstehen. Alle weiteren Infos finden sich auch HIER.

10) Es bleibt viel zu tun – Weltwasserbericht 2015

Der Weltwasserbericht 2015 der Vereinten Nationen macht es deutlich: Im Jahr 2012 hatten noch immer 2,5 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ausreichenden Sanitäranlagen, außerdem leiden 1,8 Milliarden Menschen unter Wasserknappheit, entweder aufgrund der Umweltsituation in trockenen Gebieten oder schlechter Versorgungsinfrastruktur. Das Recht auf sauberes Trinkwasser, der gute Zugang zu sanitären Einrichtungen und eine nachhaltige sowie ressourcenschonende Wasserbewirtschaftung müssen auch prominent von der schwarz-roten Bundesregierung bearbeitet werden. Alle weiteren Infos HIER.

11) Immer kürzere Lebensdauer von Elektrogeräten – Schwarz-Rot handelt nur halbherzig

Anfang März hat das Kabinett das neue Elektrogesetz beschlossen. Dieses regelt die Rücknahmepflicht für Elektrogeräte durch den Handel. Doch gegen eine immer kürzere Lebensdauer von Elektrogeräten tun CDU/CSU und SPD nichts, obwohl das Problem seit langem bekannt ist. Das hat auch eine neue Studie des Umweltbundesamt gerade wieder belegt. Stattdessen werden Fortschritte gefeiert, die in Brüssel längst beschlossen wurden. Denn die Rücknahme im Handel muss eingeführt werden, das schreibt Brüssel so vor. Außerdem braucht es klare Regeln, dass Geräte repariert werden können – indem sie beispielsweise verschraubt werden und nicht verklebt, Akkus selber einfach gewechselt werden können, und Ersatzteile zur Verfügung gestellt werden. Hier tut die Bundesregierung nichts. Weitere Infos dazu HIER.

12) Terminhinweis: Fachgespräch Ölpreisentwicklung und Auswirkungen auf Klimaschutz

Ohne Öl bewegt sich in diesem Lande auf unseren Straßen fast nichts, und ohne Öl würde immer noch jede dritte Wohnung kalt bleiben. Unsere Volkswirtschaft hängt immer noch am Öltropf. Erdöl ist obendrein derzeit so günstig wie seit langem nicht mehr. Diese Entwicklung hat massive Auswirkungen auf die Erdölkonzerne und ihre Investitionsplanungen. Sie beeinflusst aber auch Investitionen in den Klimaschutz, vor allem in die Energieeffizienz und den Ausbau von Erneuerbaren Energien. Welche konkreten Auswirkungen stehen uns bevor? Wann ist wieder mit steigenden Ölpreisen zu rechnen? Welche konkreten Auswirkungen haben die niedrigen Ölpreise auf den Klimaschutz? Über diese und weitere Fragen möchten wir mit Ihnen und den Referenten am 22. April bei einem Fachgespräch der Grünen im Bundestag diskutieren und laden Sie recht herzlich zu unserem Fachgespräch ein. Alle weiteren Infos und die Anmeldung gibt's HIER.

13) Terminhinweis: Kohleausstieg jetzt einleiten – Menschenkette am 25.4. in NRW

2015 wird ein wegweisendes Jahr für den Klimaschutz. Wir haben die Chance, den Ausstieg aus

dem Landschafts- und Klimakiller Kohlekraft einzuleiten. Die Bundesregierung entscheidet demnächst, ob die Energiekonzerne ihre CO2-Emissionen mindern und dafür auch alte Kohlekraftwerke abschalten müssen. Doch die Kohlelobby macht massiv Front gegen die Pläne, den boomenden Kohlestrom zurückzudrängen. Deshalb ist jetzt Protest gefragt. Mit einer Menschenkette durch den Tagebau Garzweiler II in NRW machen wir am 25. April klar: Bis hier hin und nicht weiter – der Kohleverstromung muss ein Ende gesetzt werden! Weitere Infos HIER.

14) Terminhinweis: Blackoutgefahr – Was tun damit das Licht nicht ausgeht?

Ohne Strom ist unser Alltag nicht mehr vorstellbar. Zugleich nehmen wir unsere Stromversorgung als selbstverständlich und gesichert hin. Doch was würde passieren, wenn der Strom großflächig und länger ausfällt? Wie sicher ist unsere Stromversorgung? Ist unsere Stromversorgung sicherer durch einen dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien? Wie kann der Datenschutz auch bei einer Stromversorgung, die auf Intelligente Netze setzt, gesichert werden? Diese und weitere Fragen diskutieren Experten am 24. April im Düsseldorfer Landtag. Alle weiteren Infos und die Anmeldung finden sich HIER.

Agrar/ Ernährung

15) Frohe Ostern auch für Hähne

Über 420 Millionen Küken wurden in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland allein deshalb getötet, weil sie männlich sind. Legerassen werden heutzutage auf Hochleistung gezüchtet und geben bis zu 290 Eier pro Jahr. Da die Hähne keine Eier legen, aber auch zu wenig Körpermasse ansetzen, werden sie am Tag des Schlupfes getötet und geschreddert. Das ist weder ethisch, noch aus Gründen des Tierschutzes länger hinnehmbar. Über 42 Millionen männlicher Küken dürfen nicht wegen „mangelnder Rentabilität" an ihrem Geburtstag sterben. Dazu haben wir den Antrag ‚Männliche Küken leben lassen' in den Bundestag eingebracht. Diesen und weitere Infos finden sich HIER.

16) Für eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft und gutes Essen

Umsteuern in der Landwirtschaft - das ist für die grüne Bundestagsfraktion das Gebot der Stunde. Seit Jahren betreibt die Bundesregierung hier eine Politik, die nicht zukunftsfähig ist und von der nur einige wenige profitieren. Dabei ist die Art und Weise, wie wir unsere Lebensmittel produzieren und konsumieren, eine der zentralen ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit. Antibiotikamissbrauch und Tierquälerei in der Massentierhaltung, Monokulturen und rapides Artensterben, Landraub, verseuchtes Grundwasser und überdüngte Böden sind nur die offensichtlichsten Missstände der gegenwärtigen politischen Fehlsteuerung. Alle weiteren Infos zu unserem Sofortprogramm Agrarwende finden sich HIER.

17) Höfesterben – Landwirtschaft braucht flächendeckende Milchviehhaltung

Die aktuelle Situation auf dem Milchmarkt stellt eine Bedrohung vor allem für kleine und mittlere bäuerliche Milchviehbetriebe dar. Seit Beginn des Jahres 2014 hat sich der Weltmarktpreis für Milch fast halbiert. Es ist absehbar, dass mit Auslaufen der Milchquote am 1. April der Milchmarkt aus dem Ruder läuft und sich der Druck auf die bäuerlichen Erzeuger weiter erhöht. Hier müssen Union und SPD endlich handeln. Unsere grünen Vorschläge finden sich HIER.

18) TTIP abschminken – giftfrei schön

Duschgel, Zahnpasta, Creme, Shampoo, Deo, Lippenstift – viele Verbraucherinnen und Verbraucher nutzen diese und weitere Kosmetikartikel täglich. In Europa ist durch Positiv- und Negativlisten klar geregelt, was drin sein darf: Mehr als 1.300 Substanzen sind in der EU verboten – in aller Regel mit gutem Grund. In den USA sind es gerade mal elf. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP soll auch für Kosmetik bestehende Handelshemmnisse abbauen. Im Klartext

heißt das: Dort, wo zwischen Europa und den USA große Unterschiede bei den Anforderungen an Kosmetikartikel bestehen, sollen diese verringert werden. Doch wie soll das gehen, wenn die Regulierung so unterschiedlich ist? Alle Infos dazu finden sich HIER.

19) Glyphosat – „wahrscheinlich krebserrregend"

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat das Herbizid Glyphosphat nun offiziell als „wahrscheinlich krebserregend bei Menschen" eingestuft. Damit widerspricht die WHO der bisherigen Einschätzung des Bundesamts für Risikobewertung (BfR) - Das allgegenwärtige Allzweck-Ackergift ist eben nicht harmlos. Glyphosat ist der weltweit meistgenutzte Herbizidwirkstoff. Insbesondere wird er in Verbindung mit gentechnisch manipulierten herbizidtoleranten Pflanzen eingesetzt. Gerade die Folgen der Glyphosatbelastung von Nahrungsmitteln sind immer noch zu wenig untersucht, obwohl Studien das Gift selbst im Urin von Großstädtern nachgewiesen haben. Wir Grünen fordern: die Bundesregierung muss die Glyphosat-Zulassung jetzt umgehend aussetzen und die Risiken gründlich untersuchen. Es darf keine Neuzulassung von Glyphosat geben, solange Gesundheitsgefahren nicht umfassend durch neue industrieunabhängige Studien geklärt und ausgeschlossen wurden. Mehr Infos HIER.

20) Tag des Artenschutzes – Artenschutz ungebremst

Wie jedes Jahr mahnte der 3. März als „Internationaler Tag des Artenschutzes" dazu, die gegenwärtige Lage unserer Tiere und Pflanzen genauer in den Blick zu nehmen. Was wir da sehen ist verheerend: Täglich verschwinden etwa 130 Arten von unsere Erde, jede Stunde sind das mehr als fünf Arten. Ein schleichender Prozess, der so kaum wahrnehmbar ist, aber in der Summe zu erschreckenden leeren Landschaften führt. Weitere Infos finden sich HIER.

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

21) PKW-Maut: Bürokratiemonster ohne ökologische Lenkungswirkung

Eine von uns Grünen in Auftrag gegebene Studie hat nochmal bestätigt: Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) hat sich bei seiner Berechnung zur PKW-Maut fatal verrechnet: Die Dobrindt'sche Pkw-Maut bringt nicht einmal die Hälfte dessen ein, was der Verkehrsminister der Öffentlichkeit weißmachen will. Nicht 500 Mio. Euro sondern lediglich 80 bis maximal 140 Mio. Euro wird die PKW-Maut einbringen. Sie bringt damit keine relevanten Einnahmen, diskriminiert die Besucher aus dem Ausland und ist nach Einschätzung zahlreicher Experten europarechtswidrig. Dies haben auch die Gutachter im Bundestags-Ausschuss und der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bestätigt. Trotz der Beteuerungen der SPD, dass Grenzregionen von der PKW-Maut ausgeschlossen sind, hat sie dem Gesetz zugestimmt. Wir finden: Statt einer PKW-Maut die nichts bringt und EU-rechtswidrig ist, brauchen wir eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen und für alle LKW, denn die LKW sind zu über 90% für die Straßenschäden verantwortlich. Meine Bundestagsrede zur PKW-Maut findet sich HIER.

22) CSU kippt Steuerbonus zur energetischen Gebäudesanierung

Endlich gab es eine Einigung zwischen Bundesregierung und den Ländern für steuerliche Anreize zur energetischen Gebäudesanierung – denn auch hier muss die Energiewende stattfinden. Doch gescheitert ist dieser Anlauf an der Blockadehaltung einer regionalen populistischen Partei – der CSU. Hier muss die Bundesregierung endlich handeln und Vorschläge machen. Wir schlagen ihr etwa die Aufhebung des damaligen Geschenks an die Hotellobby – die Hotelsteuer – vor. Meine Rede dazu in einer von der Grünen Bundestagsfraktion beantragen Aktuellen Stunde des Bundestags HIER.

23) Feinstaubemissionen aus Baumaschinen reduzieren

Der EU-Grenzwert für Feinstaub (PM10) wurde 2014 an zehn Prozent der verkehrsnahen Luft-

messstationen überschritten. Das nicht ohne Grund: Neben dem Straßenverkehr stellen auch Baumaschinen und andere Maschinen mit Dieselmotoren, wie etwa Dieselloks und Binnenschiffe, eine relevante Quelle für Feinstaubemissionen dar. Besonders Baumaschinen verursachen lokal eine erhebliche Feinstaubzusatzbelastung, Tendenz steigend. Aus diesem Grund begrüßen wir Grünen die Regelungen der neuen „EU-Verordnung über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte“ und fordern die Bundesregierung in unserem Antrag „Feinstaubemissionen aus Baumaschinen reduzieren“ auf, zu handeln. Mehr Infos dazu HIER.

24) Studie: Fernwärme 3.0 – Neue Ideen für den Wärmemarkt

Auch die aktuell niedrigen Ölpreise und ein vergleichsweise milder Winter ändern nichts an dem akuten Handlungsbedarf im Wärmeenergiebereich. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, brauchen wir in der Wärmeversorgung deutlich mehr Effizienz und mehr Erneuerbare Energien. Hier liegen nach wie vor riesige Einsparpotenziale. Doch die Bundesregierung tut nichts, um die energetische Gebäudesanierung und den Umstieg auf erneuerbare Energien zu beschleunigen. Eine von uns Grünen in Auftrag gegebene Studie „Fernwärme 3.0“. zeigt, wie der Wärmemarkt klimafreundlich, sicher und bezahlbar gemacht werden kann. Wärmenetzen kommt demnach eine Schlüsselrolle zu, und die Empfehlungen der Experten stützen unseren grünen Quartiersansatz. Mehr Infos HIER.

25) Studie: Nahversorgung – Abwanderung von Unternehmen im ländlichen Raum

Jeden Tag geben insgesamt vier Bäckereien, Metzgereien und kleine Lebensmitteleinzelhändler auf. Das geht aus einer Studie hervor, die die Initiative „Nahversorgt“ im Auftrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erstellt hat. Besonders betroffen sind Betriebe auf dem Land. Sie sind Opfer des Bevölkerungsrückgangs und des Trends zu Riesenmärkten „auf der grünen Wiese“. Insgesamt ging die Zahl kleinerer Lebensmittelgeschäfte zwischen 2007 und 2013 um mehr als 40 Prozent, die der Bäckereien und Metzgereien um jeweils fast 20 Prozent zurück. Besonders für ältere Menschen ist diese Entwicklung ein enormes Problem. Die Studie und weitere Infos gibt’s HIER.

26) Terminhinweis: Fachgespräch Öffentlich-Private Preistreiberei?

Am 20. April diskutiert die Bundestagsfraktion mit Experten über die schwarz-roten Investitionspläne im Bereich Öffentlich-Private-Partnerschaftsprojekte (ÖPP), die auch die Verkehrsinfrastruktur betreffen. Auch wenn das Haushaltsrecht klare Vorgaben für staatliche Aufträge an die Privatwirtschaft setzt, will die Bundesregierung ein ‚Revival‘ von ÖPP. Über das Für und Wider möchten wir diskutieren und laden Sie herzlich ein. Weitere Infos und die Anmeldung findet sich HIER.

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der Website von Oliver Krischer dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.